

Enttäuschend tief, aber kein Tiefpunkt

Knapp ein Drittel der Stimmberechtigten ging am Sonntag an die Urne. Bringt die neue Verfassung Besserung?

Herold Bieler und Joel Bieler

Von 224'992 Stimmberechtigten stimmten am Sonntag lediglich 80'371 ab. Das ergab eine Wahlbeteiligung von 35,72 Prozent. 424 Stimmende warfen einen leeren Zettel ein, 1789 Wahlzettel waren ungültig. Letztlich stimmten also gar nur 34,73 Prozent ab. Von allen Seiten wurde die schwache Stimmbeteiligung bedauert. Erklären konnte sich das Desinteresse am Sonntag auch die Politik nicht. «Wir müssen die Menschen motivieren, damit sie am politischen Prozess teilnehmen. Die Politik ist gefordert», sagte etwa Staatsrat Franz Ruppen. Und Brigitte Wolf, Grüne, meinte, dass viele Bürgerinnen und Bürger «entweder überfordert oder im Zwiespalt waren».

Entscheidend bei der Stimmbeteiligung sind zwei Punkte. Finden gleichzeitig kommunale oder nationale Abstimmungen statt und worüber wird abgestimmt? Und wie kompliziert ist die Vorlage? Diesmal war zwar das Thema brisant. Steigende Energiepreise, erneut drohende Strommangellage im Winter und Solarenergie als omnipräsentes Thema. Der politischen Elite ist es trotzdem nicht gelungen, den Bürgerinnen und Bürgern das Thema näherzubringen. Der Berner Politikwissenschaftler Marc Bühlmann begründet die Absenz vor allem mit der «fehlenden Betroffenheit». Es sei kein Zufall, dass etwa in Grenchen und Gondo am meisten Stimmende an die Urne gingen.

Bühlmann will auch nichts davon wissen, dass die Vorlage für das Stimmvolk zu kompliziert war. Sobald allerdings die Rede oder Schreibe von beschleunigten Bewilligungsverfahren, Umweltverträglichkeitsprüfung oder mehr Kompetenzen für den Staatsrat ist, schalten viele ab. Und die politischen Parteien, von der Mitte Ober- und Unterwallis über die SPO oder die SVPO, haben sich im Abstimmungskampf im Gegensatz zu den Gegnern, also den Grünen, der SPU und Teilen der SVPU, alles andere als engagiert. Zudem gilt es im Wahljahr die beschränkten finanziellen Mittel gezielt einzusetzen.

65 Prozent für Initiative gegen Grossraubtiere

Kantonale Vorlagen – ohne gleichzeitige eidgenössische Abstimmung – hatten es immer schon schwer. Selbst wenn die Themen wichtig waren. Im vergangenen November, als das Wallis über die «Änderung des Ausführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen» und über das «Ge-

setz über die Palliative Care und die Rahmenbedingungen für Beihilfe zu Suizid in Institutionen und Einrichtungen (GPCBSIE)» abgestimmt, interessierten sich auch nur gerade 38,84 Prozent der Stimmberechtigten. Dabei ging es in der ersten Vorlage um deutlich höhere Kinder- und Familienzulagen und in der zweiten um das emotionale Thema der Sterbehilfe.

Die mit Abstand höchste Stimmbeteiligung in den letzten 20 Jahren bei einer kantonalen Vorlage erreichte das Wallis am 28. November 2021 mit der Volksinitiative «Für einen Kanton ohne Grossraubtiere». 65,22 Prozent gingen an die Urne. Ein Thema, das mobilisierte. Und mit der Volksinitiative «Für eine starke Pflege (Pflegeinitiative)», der Volksinitiative zur «Bestimmung der Bundesrichterinnen und Bundesrichter im Losverfahren (Justiz-Initiative)» und dem Covid-19-Gesetz standen gleich drei eidgenössische Vorlagen, die breit debattiert wurden, an.

Negativrekord liegt bei 29,45 Prozent

Falsch ist die Meinung, dass immer weniger Bürgerinnen und Bürger an die Urne gehen. Der Negativrekord der letzten Jahre stammt vom 29. November 2015. Damals wurde ebenfalls nur über zwei kantonale Vorlagen abgestimmt. Nebst der Volksinitiative «Jede Stimme zählt» musste der Souverän auch über das «Dekret vom 16. Dezember 2014 über die Anwendung der Bestimmungen über die Ausgaben- und Schuldenbremse im Rahmen des Budgets 2015» befinden. Mit einer Stimmbeteiligung von 29,45 Prozent lag diese so tief wie nie in den letzten 20 Jahren.

Brieflich abstimmen soll gratis werden

Linke Kreise fordern seit Jahren, dass die postalische Zustellung bei der brieflichen Stimmabgabe für die Stimmbürgerinnen und -bürger kostenlos sein soll. In Kantonen, die bereits eine solche Regelung kennen, soll die Stimmbeteiligung um drei bis vier Prozent gestiegen sein. Dabei ist es nicht unbedingt eine finanzielle, sondern eher eine organisatorische Frage. Viele haben schlicht und einfach keine Briefmarken mehr zu Hause.

Nimmt das Wallis im kommenden März die neue Kantonsverfassung an der Urne an, wird auch im Wallis die briefliche Stimmabgabe gratis sein. Artikel 53, Absatz 4 besagt, dass innerhalb der Schweiz der Kanton die Kosten tragen muss. Nimmt man ein Mittel von sechs Urnengängen pro Jahr, ergäbe dies Kosten von maximal 1,5 Millionen Franken pro Jahr für den Kanton.



Vispताल Solar

Diego Pfammatter, Projektleiter

«Ich war persönlich sehr überrascht, vor allem von den nicht direkt betroffenen Unterwalliser Gemeinden. Die fünf betroffenen Gemeinden des Vispतालprojekts haben alle zwischen 70 bis 80 Prozent Ja gestimmt. Mit Sicherheit hat das Nein Auswirkungen auf unser Projekt, welche, kann ich noch nicht beantworten. Es wird sicher alles noch ambitionierter, als es schon war. Wir werden im Projektteam nächste Woche zusammensitzen und das weitere Vorgehen bestimmen.»

Projektträger: Eigentümer der Flächen: Gemeinden Eisten, Töbel, Embd, Saas-Almagell sowie weitere in Klärung und die Energieversorgungsunternehmen FMV, CKW, Axpo, EnAlpin und Industrie (Arxada, Lonza und DSM). Künftige Trägerschaften ist in Klärung

Stand des Projekts: Erarbeitung des Projekts

Einschätzung: vollständiges Projekt **niedrige** Wahrscheinlichkeit, aber teilweise Umsetzung mittlere Wahrscheinlichkeit*



Gibidum-Solar

Niklaus Heinzmann, Gemeindepäsident Visperterminen

«Der Zeitdruck steigt natürlich noch einmal – gerade in unserer Gemeinde sind wir noch gar nicht weit genug, um einen Entscheid zu fassen. Auch mit Dekret wäre die Frist bis 2025 schon sehr sportlich gewesen. Und da wäre die Hürde der Urversammlungen noch erhalten geblieben... Jetzt, ohne Dekret, müssen wir wirklich über die Bücher und Vollgas geben.»

Projektträger: Gemeinde Visperterminen, EW Riedbach und FMV

Stand des Projekts: Machbarkeitsstudie kurz vor Abschluss Umweltverträglichkeitsbericht in Ausarbeitung und Eingabe Bauprojekt in Bearbeitung

Einschätzung: **Hohe** Wahrscheinlichkeit*

Solarexp

Was das Nein zum Solardekret für die Oberwalliser Projekte heisst

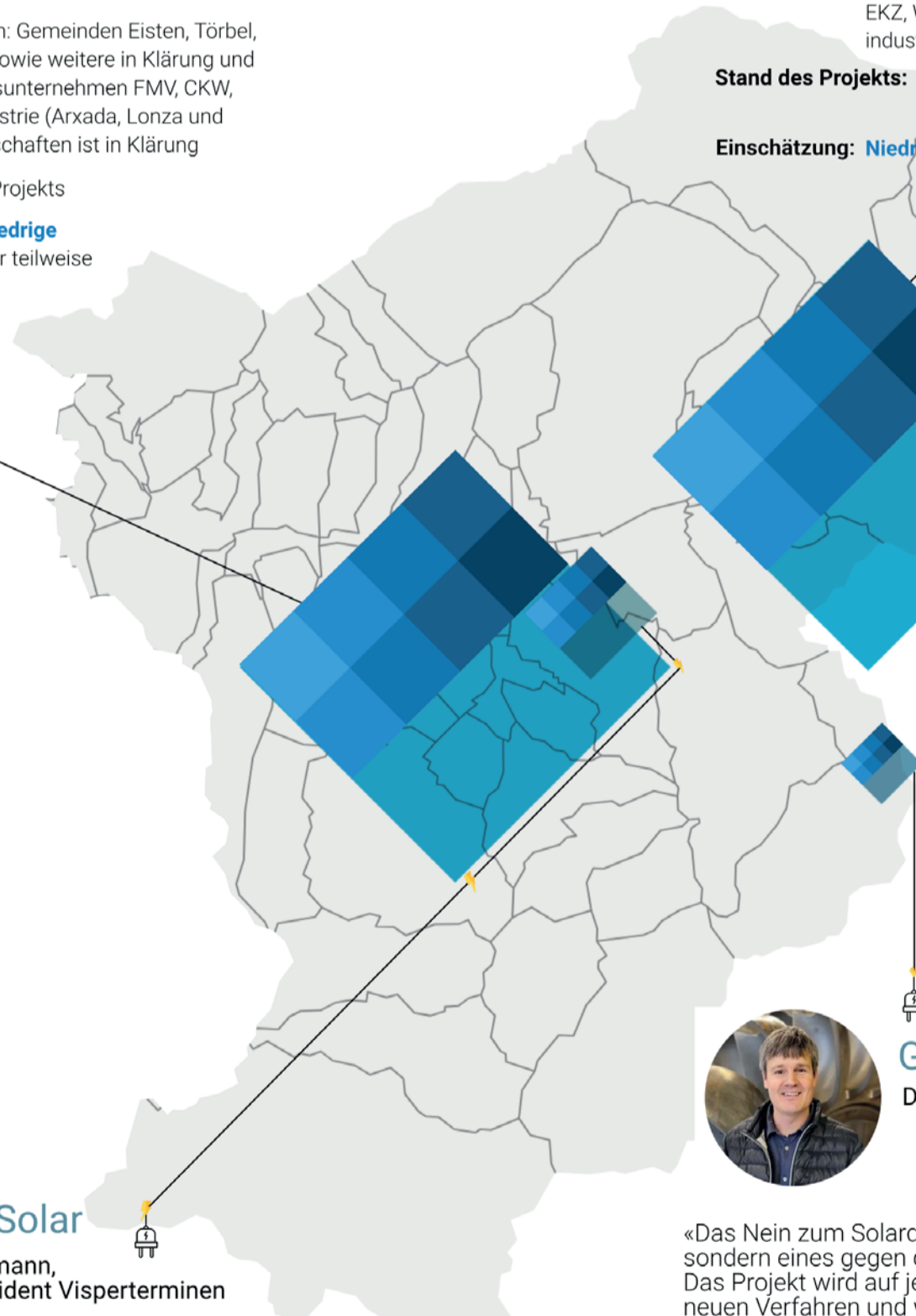


«Ob wir es schaffen, den Händen der Pr ambitioniert, aber schwieriger, die Vo alpines Solarprojek allenfalls anpassen Politik.»

Projektträger: EnBa, EKZ, indus

Stand des Projekts:

Einschätzung: **Niedr**



«Das Nein zum Solaro sondern eines gegen Das Projekt wird auf je neuen Verfahren und das Projekt im Namer in den nächsten Tagen besprechen. Was uns aus der Gemeinde Zw Solaranlage dereinst s

Projektträger: Initiant Re Zwischen Electricque

Stand des Projekts: Vor per Jur

Einschätzung: **Hohe** Wa